

des aus dem Osten hervergezogenen Herder die deutsche Wissenschaft zu fördern und zu pflegen, im Sinne der preußischen Unterrichtspolitik zu wirken und das vaterländische Bewußtsein zu erhalten. Sodann begüßte Geheimerat Dr. Conrad die Versammlung namens des Reichskanzlers, der den größten Wert darauf legt, sein Interesse an der Errichtung der Akademie anzubringen. Der Reichskanzler habe im Abgeordnetenhaus im Januar 1902 bei Darlegung der Österreichpolitik neben den wirtschaftlichen Maßnahmen natürlich die Notwendigkeit einer Hebung des deutschen Kulturstandes im Osten betont, wo deutsche Kunst und Wissenschaft stehn und verklummen. In Westpreußen und in Polen habe man das Gefühl einer Zentralbildungslücke bisher schwerlich empfunden. Nun leuchtet aus den westlichen Landesrätien die Morgenröte einer besseren Zukunft. Der Reichskanzler erinnerte aber auch die Provinz daran, daß sie fortan einen Platz von idealer Bedeutung in ihrer Mitte habe, den sie beginnen und pflegen solle. Die Akademie werde sich an das große bildungsfähige Publikum und nur wenn dieses die gebotene Gelegenheit zur Fortbildung eifrig benütze, werde die Akademie erträglich wirken können und ihr gesuchtes Ziel erreichen. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Hoffnungen, die der Reichskanzler für die Akademie habe, mit in reichem Maße bis in die fernste Zukunft erfüllt werden mögen. Es folgten Begehrungen des Überpräsidenten, des Landeshauptmanns, des Oberbürgermeisters von Posen und der Rektoren von Berlin und Dresden. Ein Hoch auf den Kaiser schloß die Freier.

A. Halle a. S., 3. November. Hier haben sich bekanntlich die Nationalliberalen und Freisinnigen für die Landtagswahlen auf zwei Kandidaten geeinigt, von denen der eine, Justizrat Dr. Keil, in einer Wahlversammlung u. a. äußerte: „Wie Nationalliberalen haben bei unserer Eröffnung, mit der liberalen Partei zu gehen, nicht einen befriedigten Eindruck für uns erweckt, denn daß eine der beiden Landtagskandidaten wäre und selbstverständlich auch dann sicher überlassen worden, wenn wir weiter mit den Konventionsparteien hätten. Wir haben uns lediglich leiten lassen von dem frischen Zug nach links, der auf dem Parteitag in Hannover durch die Partei gegangen ist und der seine Verfestigung hat in der allgemeinen politischen Lage. Die bisherige Zusammenfügung des preußischen Abgeordnetenhauses ist derartig, daß jeder Liberale das Bestreben haben muß, die linke Seite des Hauses zu stärken. Die konventionellen Parteien dienen die ihnen an der Wehrheit noch fehlenden Mandate ebenso ebensowenig erwerben, wie vor fünf Jahren.“

* In Dresden ist jüngst ein Mauerz an unterhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er im Range mit verschiedenen anderen organisierten Gewalt durch Tötungen und Misshandlungen zwei nichtorganisierte Männer zum Eintritt in die Gewerkschaft zu pressen versucht hat. Mit „Schändern und Veräußer“ muß nun der „Verantwortliche“ konstatieren, daß ein sozialdemokratisches Blatt in den allgemeinen Schrei des Entsetzens nicht einstimmt. Die „Gemeinschaft“, das Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften, die sich abseits von dem Gewerkschaftsverband halten, weil dieser ihnen in der Bezeichnung des sozialdemokratischen Parteipunktes zu schaffen und lau erscheint, hat sein Wort der Entrüstung für die Höhe des Straftatzes, seidern rechtzeitig das vielmehr durch den Haushalt auf die sich mehrere Fälle, in welchen die Mitglieder der von ihm vertretenen Organisation unter dem „Terrorismus faszistischer Verbündeter“ zu leiden haben.

C. Wiesbaden, 4. November. (Telegramm.) Der Kaiser unternahm heute vormitzt mit dem Generalabtanten v. Scholl eine Ausfahrt. Zur Frühstückstafel war außer dem Gehör General v. Kessel geladen. Der russische Botschafter, Graf v. Osten-Sacken, ist hier eingetroffen. Die hohen Schulen haben heute frei.

C. Darmstadt, 4. November. (Telegramm.) Heute nachmittag 5 Uhr 25 Minuten sind der Kaiser von Hessen, Prinz Heinrich von Preußen und der Großherzog von Hessen mittels Sonderzuges von Egelsbach nach Wiesbaden zum Besuch des Deutschen Kaisers abgereist, ebenso Graf Lambsdorff und das Gefolge des Kaisers, bestehend aus dem Hausherrn Baron Friedrich, dem Generaladjutanten Hesse, Generalmajor Nassau, Kapitänsleutnant Graf Hessen, Generalmeister von Savigny, dem Generaladjutanten von Wachter und dem Adjutanten Rittmeister Kraemer und Hauptmann v. Schäffer-Bernstein. Der „Darmstädter Zeitung“ zufolge wird Kaiser Wilhelm am Donnerstag Mittag 12½ Uhr auf der Station Egelsbach zum Gegenbesuch beim Baron erwarten.

* Aus Bayern wird der „Tag. Adm.“ geschrieben: Das neue katholische Landtagswahlgeley mit direktem Wahlrecht und gleicher Wahlteilung, das der zweiten Kammer am Beginn dieser Sitzung auf Grund einer allgemeinen Befreiung aller Parteien im Sinne vorgelegt worden ist, wird vorläufig nicht in Aussicht gestellt. Es dürfte an dem gemeinsamen Widerstand der Liberalen, der protestantischen Abgeordneten und der Bauernbündler scheitern, die insbesondere durch die von der Regierung festgelegte Wahlteilung mit Recht eine Schädigung ihres Wahlhandes befürchten. Das Zentrum, das durch das neue Gesetz unbestreitbar noch mehr Sitze gewinnen würde — es rechnet beiderseit auf 90 von 180 —, ist bestrebt an der Arbeit, wenigstens eine Verhandlung mit dem Bauernbünden herzustellen, um die Ameliorationsmehrheit des Hauses, die zum Aufstandkommunisten des Gesetzes erforderlich ist, doch noch zu sichern. Das Bauernbünden dürfte bei der Verhandlung, die die Bauernbündler bisher von ultramontaner Seite im Sandbund erkannt haben, ganz umsonst sein. Umso aber auch die ganze schwierige Arbeit, die der Minister des Innern, Dr. v. Kettly-Götz, mit großer Fleiß und strenger Unparteilichkeit dem Gesetzentwurf gewidmet hat. Das Scheitern der Wahlteilung dürfte den Rücktritt des Ministers nur beschleunigen.

* **Nürnberg**, 3. November. Eine aus von ostwärts herbeieilende Versammlung konzessionärer und gewerblicher Corpationen führte eine Resolution gegen die Errichtung eines bayerischen Beamtenwarenhaus und deklariert, der Staatsregierung zu vertrauen, daß die Beamten nach die lokalen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Provinz noch bestmöglich aufmerksam made.

Oesterreich-Ungarn.

Römisches Recht.

* **Pest**, 4. November. (Telegramm.) Bei Beginn der Sitzungsperiode eröffnete im Namen seiner Fraktion, das Haus möge die Demission des Grafen Apponyi nicht zur Kenntnis nehmen und ihn erneut, dieselbe präzisierend, ausschließen. Danach stimmte drastisch Apponyi den Vortrag für die vorläufige Handhabung der Haushaltung aus und erklärte, seine Partei stimme aus häuslichkeitlichen Gründen nicht für einen Palikarbeiter, der sich von auständischen Gründeln leiten läßt. Der zivili (Büro) bestreitet, die Demission Apponyi aus die Legitimation zu sehen, da die Gründe für die Entscheidung nicht aufgedeckt seien und ein dicker Drud ausgegrü zu sein scheine. Baron Daniel spricht im Namen der liberale Partei Apponyi als Präsidenten Post aus, erläutert jedoch, er seye洞悉, daß objektiv, möglicherweise Gründe ihn zur Demission bewogen hätten; er stelle daher den Antrag, den Rücktritt Apponyi unter dem Ausdruck des Bedenkes zur Kenntnis zu nehmen und ihm die Anerkennung des Hauses auszusprechen. Natowitsch (Liechte Voits-

panisch) erklärte, falls der Nachfolger Apponyi nicht dieselben Prinzipien der Geschäftsführung anstrebe, sondern Vollmaß begehen sollte, welche eine entschiedene Wieder der Opposition nicht ausdehnen. — An der Debatte über den Antrag Seebenzeris beteiligten sich auch die Abgeordneten Ligray und Dr. Roth. Nach zweistündiger Debatte erließ Graf Apponyi im Sitzungssaal und wird fürstlich begrüßt. Er erklärte, seine Demission als bestimmt zu betrachten, da er zu tief in die politische Kontroverse verwickelt sei und daher sich nicht mehr als geeignete erachten kann, das Parlament zu führen. Als Wissenschaft ist niemand erschienen, da die neuen Minister der Beprobungen genügt nach Berlesung des königlichen Hochstiftsbriefes an das Abgeordnetenhaus den Sitzungssaal betreten. Die Opposition verhinderte dies durch gewaltsame Verhinderung der Debatte bis 12½ Uhr, nachdem die Sitzung 2. Stunde dauerte hat. Der Ministerpräsident Graf László betrat nach einer halben Stunde mit den Mitgliedern des neuen Kabinetts den Sitzungssaal. Die rechte Seite des Hauses steht in fürstliche Beifahrer aus und empfing das Kabinett mit lebhaften applaudierenden Rundschlägen. Der Ministerpräsident hielt in der Hand das königliche Hochstiftsbrief über seine Ernennung und beantragt dessen Verleihung. Die Opposition verzog unter ungemeinem Lärm die Verleihung der Debatte über die Demission des Grafen Apponyi. Ein Schlußfänger verließ unter fürstlichem Überdruck der Geschworenen das Hochstiftsbrief. Der Ministerpräsident ergriff das Wort und sagt, er werde seine Programmrechte, sobald das Haus die Worte widererklärt habe. Natowitsch des ungeheuren Lärms ließen die weiteren Worte des Ministerpräsidenten unverständlich. Natowitsch erklärte, der Präsident habe die Freiheiten des Hauses verletzt. Hollókell gestaltete, daß die Debatte über Apponyi nicht bestimmt werde. Das Hochstiftsbrief sei unter Verleihung des Hochstifts verlesen. Hierauf erklärte der Ministerpräsident, nach der beschiedenen Debatte könne die Debatte immer unterbrochen werden, wenn ein wichtiches Hochstiftsbrief angeschaut ist; er hoffe, daß im ungarischen Abgeordnetenhaus die Befolgschaft dies beobachten und ein Hochstiftsbrief ausgelöscht wird. Es folgte eine Verhandlung des Oberpräsidenten, des Landeshauptmanns, des Oberbürgermeisters von Pest und der Rektoren von Berlin und Dresden. Ein Hoch auf den Kaiser schloß die Freier.

A. Halle a. S., 3. November. Hier haben sich bekanntlich die Nationalliberalen und Freisinnigen für die Landtagswahlen auf zwei Kandidaten geeinigt, von denen der eine, Justizrat Dr. Keil, in einer Wahlversammlung u. a. äußerte: „Wie Nationalliberalen haben bei unserer Eröffnung, mit der liberalen Partei zu gehen, nicht einen befriedigten Eindruck für uns erweckt, denn daß eine der beiden Landtagskandidaten wäre und selbstverständlich auch dann sicher überlassen worden, wenn wir weiter mit den Konventionsparteien hätten. Wir haben uns lediglich leiten lassen von dem frischen Zug nach links, der auf dem Parteitag in Hannover durch die Partei gegangen ist und der seine Verfestigung hat in der allgemeinen politischen Lage. Die bisherige Zusammenfügung des preußischen Abgeordnetenhauses ist derartig, daß jeder Liberale das Bestreben haben muß, die linke Seite des Hauses zu stärken. Die konventionellen Parteien dienen die ihnen an der Wehrheit noch fehlenden Mandate ebenso ebensowenig erwerben, wie vor fünf Jahren.“

* In Dresden ist jüngst ein Mauerz an unterhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er im Range mit verschiedenen anderen organisierten Gewalt durch Tötungen und Misshandlungen zwei nichtorganisierte Männer zum Eintritt in die Gewerkschaft zu pressen versucht hat. Mit „Schändern und Veräußer“ muß nun der „Verantwortliche“ konstatieren, daß ein sozialdemokratisches Blatt in den allgemeinen Schrei des Entsetzens nicht einstimmt. Die „Gemeinschaft“, das Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften, die sich abseits von dem Gewerkschaftsverband halten, weil dieser ihnen in der Bezeichnung des sozialdemokratischen Parteipunktes zu schaffen und lau erscheint, hat sein Wort der Entrüstung für die Höhe des Straftatzes, seidern rechtzeitig das vielmehr durch den Haushalt auf die sich mehrere Fälle, in welchen die Mitglieder der von ihm vertretenen Organisation unter dem „Terrorismus faszistischer Verbündeter“ zu leiden haben.

C. Wiesbaden, 4. November. (Telegramm.) Der Kaiser unternahm heute vormitzt mit dem Generalabtanten v. Scholl eine Ausfahrt. Zur Frühstückstafel war außer dem Gehör General v. Kessel geladen. Der russische Botschafter, Graf v. Osten-Sacken, ist hier eingetroffen. Die hohen Schulen haben heute frei.

C. Darmstadt, 4. November. (Telegramm.) Heute nachmittag 5 Uhr 25 Minuten sind der Kaiser von Hessen, Prinz Heinrich von Preußen und der Großherzog von Hessen mittels Sonderzuges von Egelsbach nach Wiesbaden zum Besuch des Deutschen Kaisers abgereist, ebenso Graf Lambsdorff und das Gefolge des Kaisers, bestehend aus dem Hausherrn Baron Friedrich, dem Generaladjutanten Hesse, Generalmajor Nassau, Kapitänsleutnant Graf Hessen, Generalmeister von Savigny, dem Generaladjutanten von Wachter und dem Adjutanten Rittmeister Kraemer und Hauptmann v. Schäffer-Bernstein. Der „Darmstädter Zeitung“ zufolge wird Kaiser Wilhelm am Donnerstag Mittag 12½ Uhr auf der Station Egelsbach zum Gegenbesuch beim Baron erwarten.

* Aus Bayern wird der „Tag. Adm.“ geschrieben: Das neue katholische Landtagswahlgeley mit direktem Wahlrecht und gleicher Wahlteilung, das der zweiten Kammer am Beginn dieser Sitzung auf Grund einer allgemeinen Befreiung aller Parteien im Sinne vorgelegt worden ist, wird vorläufig nicht in Aussicht gestellt. Es dürfte an dem gemeinsamen Widerstand der Liberalen, der protestantischen Abgeordneten und der Bauernbündler scheitern, die insbesondere durch die von der Regierung festgelegte Wahlteilung mit Recht eine Schädigung ihres Wahlhandes befürchten. Das Zentrum, das durch das neue Gesetz unbestreitbar noch mehr Sitze gewinnen würde — es rechnet beiderseit auf 90 von 180 —, ist bestrebt an der Arbeit, wenigstens eine Verhandlung mit dem Bauernbünden herzustellen, um die Ameliorationsmehrheit des Hauses, die zum Aufstandkommunisten des Gesetzes erforderlich ist, doch noch zu sichern. Das Bauernbünden dürfte bei der Verhandlung, die die Bauernbündler bisher von ultramontaner Seite im Sandbund erkannt haben, ganz umsonst sein. Umso aber auch die ganze schwierige Arbeit, die der Minister des Innern, Dr. v. Kettly-Götz, mit großer Fleiß und strenger Unparteilichkeit dem Gesetzentwurf gewidmet hat. Das Scheitern der Wahlteilung dürfte den Rücktritt des Ministers nur beschleunigen.

* **Nürnberg**, 3. November. Eine aus von ostwärts herbeieilende Versammlung konzessionärer und gewerblicher Corpationen führte eine Resolution gegen die Errichtung eines bayerischen Beamtenwarenhaus und deklariert, der Staatsregierung zu vertrauen, daß die Beamten nach die lokalen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Provinz noch bestmöglich aufmerksam made.

Oesterreich-Ungarn.

Römisches Recht.

* **Pest**, 4. November. (Telegramm.) Bei Beginn der Sitzungsperiode eröffnete im Namen seiner Fraktion, das Haus möge die Demission des Grafen Apponyi nicht zur Kenntnis nehmen und ihn erneut, dieselbe präzisierend, ausschließen. Danach stimmte drastisch Apponyi den Vortrag für die vorläufige Handhabung der Haushaltung aus und erklärte, seine Partei stimme aus häuslichkeitlichen Gründen nicht für einen Palikarbeiter, der sich von auständischen Gründeln leiten läßt. Der zivili (Büro) bestreitet, die Demission Apponyi aus die Legitimation zu sehen, da die Gründe für die Entscheidung nicht aufgedeckt seien und ein dicker Drud ausgegrü zu sein scheine. Baron Daniel spricht im Namen der liberale Partei Apponyi als Präsidenten Post aus, erläutert jedoch, er seye洞悉, daß objektiv, möglicherweise Gründe ihn zur Demission bewogen hätten; er stelle daher den Antrag, den Rücktritt Apponyi unter dem Ausdruck des Bedenkes zur Kenntnis zu nehmen und ihm die Anerkennung des Hauses auszusprechen. Natowitsch (Liechte Voits-

panisch) erklärte, falls der Nachfolger Apponyi nicht dieselben Prinzipien der Geschäftsführung anstrebe, sondern Vollmaß begehen sollte, welche eine entschiedene Wieder der Opposition nicht ausdehnen. — An der Debatte über den Antrag Seebenzeris beteiligten sich auch die Abgeordneten Ligray und Dr. Roth. Nach zweistündiger Debatte erließ Graf Apponyi im Sitzungssaal und wird fürstlich begrüßt. Er erklärte, seine Demission als bestimmt zu betrachten, da er zu tief in die politische Kontroverse verwickelt sei und daher sich nicht mehr als geeignete erachten kann, das Parlament zu führen. Als Wissenschaft ist niemand erschienen, da die neuen Minister der Beprobungen genügt nach Berlesung des königlichen Hochstiftsbriefes an das Abgeordnetenhaus den Sitzungssaal betreten. Die Opposition verhinderte dies durch gewaltsame Verhinderung der Debatte bis 12½ Uhr, nachdem die Sitzung 2. Stunde dauerte hat. Der Ministerpräsident Graf László betrat nach einer halben Stunde mit den Mitgliedern des neuen Kabinetts den Sitzungssaal. Die rechte Seite des Hauses steht in fürstliche Beifahrer aus und empfing das Kabinett mit lebhaften applaudierenden Rundschlägen. Der Ministerpräsident hielt in der Hand das königliche Hochstiftsbrief über seine Ernennung und beantragt dessen Verleihung. Die Opposition verzog unter ungemeinem Lärm die Verleihung der Debatte über die Demission des Grafen Apponyi. Ein Schlußfänger verließ unter fürstlichem Überdruck der Geschworenen das Hochstiftsbrief. Der Ministerpräsident ergriff das Wort und sagt, er werde seine Programmrechte, sobald das Haus die Worte widererklärt habe. Natowitsch des ungeheuren Lärms ließen die weiteren Worte des Ministerpräsidenten unverständlich. Natowitsch erklärte, der Präsident habe die Freiheiten des Hauses verletzt. Hollókell gestaltete, daß die Debatte über Apponyi nicht bestimmt werde. Das Hochstiftsbrief sei unter Verleihung des Hochstifts verlesen. Hierauf erklärte der Ministerpräsident, nach der beschiedenen Debatte könne die Debatte immer unterbrochen werden, wenn ein wichtiches Hochstiftsbrief angeschaut ist; er hoffe, daß im ungarischen Abgeordnetenhaus die Befolgschaft dies beobachten und ein Hochstiftsbrief ausgelöscht wird. Es folgte eine Verhandlung des Oberpräsidenten, des Landeshauptmanns, des Oberbürgermeisters von Pest und der Rektoren von Berlin und Dresden. Ein Hoch auf den Kaiser schloß die Freier.

* **New York**, 4. November. (Telegramm.) Die letzten Berichte über die geläufige vorangegangene Wahl des Bürgermeisters von New York melden einen Sieg des Demokraten Mc. Cullinan mit einer Mehrheit von 37.000 Stimmen. Die Republikaner erzielten eine Mehrheit von 37.000 Stimmen. Mc. Cullinan wählt die vollständige republikanische Kandidatenliste. Sie zu gewinnen durchgewählt haben. In Virginia errangen die Demokraten, wie gewöhnlich, einen vollständigen Sieg.

* **New York**, 4. November. (Telegramm.) Die letzten Berichte über die geläufige vorangegangene Wahl des Bürgermeisters von New York melden einen Sieg des Demokraten Mc. Cullinan mit einer Mehrheit von 37.000 Stimmen. Mc. Cullinan wählt die vollständige republikanische Kandidatenliste. Sie zu gewinnen durchgewählt haben. In Virginia errangen die Demokraten, wie gewöhnlich, einen vollständigen Sieg.

* **New York**, 4. November. (Telegramm.) An verschiedenen Orten von Kentucky wurden bei den gestern vorangegangenen Wahlen aus 7 Personen erfasst. Es folgten 2 Personen und 10 verlor. In Virginia wurden 2 Personen getötet.

Südherbelsprechungen.

Baas, Natur und Leben. Beratungen zur Verbreitung naturwissenschaftlicher und geographischer Kenntnisse sowie der Fortschritte auf dem Gebiete der geheimen Naturwissenschaften. Unter Mitwirkung berühmter Sachverständiger herausgegeben von Prof. Dr. Hermann J. Klein in Köln a. Rh. Art. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Kahl'sches Studium** 1. Aufl. 1886. Preis für Abonnement 12. — **Lehrbuch des Alters** des 12. Heftes: Studien über Geist und Struktur des Alters aus Grund photographischen Aufnahmen. (Mit 9 Abbildungen in Text.) — Die große Neuauflage von 1. Oktober 1901. — Der Erbstock und seine Vererbung. (Viertes und Fünftes Buch X und XI.) (Schriften.) — Die tierische Lebensgeschichte. Eine Studie von Jan Dicke. (Schriften.) — Die 10. Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte zu Kassel mit lebhaften Berichten über die Fortschritte der Naturforschung und Medizin. — **Die Biologie des Menschen** 1. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 2. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 3. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 4. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 5. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 6. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 7. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 8. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 9. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 10. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 11. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 12. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 13. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 14. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 15. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 16. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 17. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 18. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 19. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 20. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 21. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 22. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 23. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 24. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 25. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. — **Die Biologie des Menschen** 26. Aufl. Preis von 10 Pfennig (10 Monate). Preis für Abonnement 12. —